

„Zeitenwende“

Warum nicht auch im Bevölkerungsschutz?

Behörden, private Hilfsorganisationen und Fachzeitschriften engagieren sich für den Bevölkerungsschutz in unserem Land. Auch die zivil-militärische Zusammenarbeit gehört dazu, ebenso wie der Blick über die Grenzen. Jetzt gibt es Resonanz zu den Themen dieses Arbeitsgebiets, weil Krieg herrscht in Europa. Brauchen wir einen solch furchtbaren Anlass um Normalität herzustellen?

Normal ist es, dass ein Staat für die Sicherheit seiner Bürger sorgt. Nach außen und im Innern muss er seine Bürger schützen können. Dafür erhält er deren Einsatz und Steuern.

Das wurde übersehen, als die Bundeswehr demontiert, die Wehrpflicht abgeschafft, die Landesverteidigung mit ihren Feldlazarettbetten und Apotheken für unnötig gehalten wurde und als man Schutzräume und Sirenen abschaffte.

Im Katastrophenschutz, Sache der Länder im Frieden, haben Corona und Hochwasser bereits Reformen angestoßen. Den Willen findet man im Koalitionsvertrag, die Umsetzung wird dauern, wie alles in Deutschland.

Die „Zeitenwende“ hat am 27.2.2022 durch die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die Entschließungsanträge der Parteien eine erstaunliche Veränderung bewirkt. Politiker, die ganz überwiegend nie eine Nähe zur Bundeswehr hatten, wollen 100 Milliarden Steuermittel bereitstellen, um sie zu sanieren. Stimmen, die dies ablehnen, gab es am 27.02. im Plenum nicht. Der grandiose Ausdruck „Zeitenwende“ ermöglicht Exkulpation und Zustimmung, ohne in den Spiegel schauen zu müssen.

Aus der Sicht des Bevölkerungsschutzes gab es am 27.02.22 nur eine halbe Konsequenz. Denn in Regierungserklärung und Beiträgen wurde diese Staatsaufgabe nicht erwähnt. Lediglich in der Drucksache 20/846 (Entschließungsantrag) werden auf Seite 5 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und der Zivilschutz in einem Halbsatz der Ziffer 12 erwähnt.

Der Bevölkerungsschutz, speziell der Zivilschutz, ist eine zentrale, sogar völkerrechtlich verbindliche Staatsaufgabe, die parallel zur Bundeswehr seit Jahrzehnten vernachlässigt wurde. 100 Milliarden für die Rest-Bundeswehr und keinen Euro für den Rest-Bevölkerungsschutz? Angesichts der Bilder von schutzlosen Zivilisten in der Ukraine? Kann das sein, oder kommt da noch eine weitere „Zeitenwende“ hinterher?

Die Bürger wissen, dass noch vor wenigen Monaten der landesweite Sirenentest misslang. Der Präsident des BBK wurde ausgewechselt. Sirenen sind ein Synonym für viele Bereiche des Bevölkerungsschutzes, die dringend auf Reparatur und Modernisierung warten. Wie steht es um Schutzräume, um Strom, Gas, Öl, Notbevorratung? Wie steht es um die Kenntnisse der Bürger und um die „Resilienz“, um dieses Mode-Nebelwort auch einmal zu benutzen?

Also, nach der angesprochenen Regierungserklärung darf die Frage gestellt werden, warum nur die Bundeswehr und nicht auch der Bevölkerungsschutz in einen angemessenen Zustand versetzt werden soll.

Und noch dies: Nach der Regierungserklärung begann eine Diskussion um die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht. Der Generalsinspekteur der Bundeswehr hält die Wehrpflicht alter Art für untauglich. Da hat er wohl Recht, denn der alten Wehrpflicht fehlte es allein schon an der Gleichberechtigung.

Ein Vorschlag für ein Pflichtjahr für junge Leute (w./m./d.) kann in Crisis Prevention 1/2020 Seite 10 nachgelesen werden. Ein Pflichtjahr, wie es dort beschrieben wurde, wäre ein beneidenswertes Angebot für junge Leute, erst recht auf europäischer Ebene. Der Philosoph Precht forderte sogar zwei Dienstjahre, das zweite für Senioren, die oft vergeblich nach Einsatzmöglichkeiten suchten, wie er schreibt. Natürlich war im Wahlkampf von keiner Partei hierzu etwas zu hören. Aber nun hat sich die „Zeitenwende“ auch in dieser Frage ausgewirkt: Der CDU-Abgeordnete Carsten Linnemann erhob die Forderung nach einem solchen Pflichtjahr.

Wir wissen nicht, was uns in Europa und der Welt durch den Kriegsverbrecher Putin (der Internationale Strafgerichtshof wird ihn verurteilen) oder andere Ereignisse noch bevorsteht. Aber dass wir den Ukraine-Krieg gebraucht haben um uns zu erinnern, dass Deutschland nach deutschem und europäischem Recht eine „Wehrhafte Demokratie“ sein soll, macht nachdenklich.